

Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel	09.04.2014
---	------------

**öffentlich**

Vorlage Nr.	220/2014-4
-------------	------------

Stand	19.03.2014
-------	------------

**Betreff Mitteilung betr. Weiterentwicklung der Bornheimer Verbundschule am Schulstandort Uedorf**

**Sachverhalt**

Das am 10.01.2014 im Rathaus Bornheim vorgesehene Erörterungsgespräch mit Vertretern der Schulaufsicht der Bezirksregierung Köln und des Rhein-Sieg-Kreises sowie der Schulleitung der Bornheimer Verbundschule und der hiesigen Verwaltung zur Entwicklung von Ideen zum Erhalt des Schulstandortes Uedorf ist leider aus krankheitsbedingten Gründen des Mitarbeiters der Bezirksregierung nicht zustande gekommen.

Darüber hinaus hat die gemeinsame Schulträgerbesprechung des Rhein-Sieg-Kreises zur Thematik der Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen und der Verbundschulen am 27.01.2014 im Kreishaus keine weiteren Erkenntnisse gebracht. Im linksrheinischen Kreisgebiet ist daher bei Auslaufen der beiden Förderschulen in Bornheim und Rheinbach künftig keine wohnortnahe Beschulung und demzufolge eine Wahlfreiheit der Erziehungsberechtigten für ihre Kinder mit dem Förderschwerpunkt Lernen entsprechend der Verordnung über die Mindestgrößen der Förderschulen vom 16.10.2013 nach dem derzeitigen Stand nicht gegeben.

Bei einer Besprechung am 19.02.2014 mit Vertretern des Rhein-Sieg-Kreises (Schuldezernent Thomas Wagner, Schulamtsleiter Hans Clasen, Schulamtsdirektorin Birgitt Kreitz-Henn), der Schulleitung der Bornheimer Verbundschule (Schulleiterin Uta Will, stv. Schulleiterin Andrea Strunk-Klein) und der Verwaltung (Beig. Markus Schnapka, Fachbereichsleiterin Elvira Garbes, Geschäftsbereichsleiter Manfred Harder) wurde über die künftige sonderpädagogische wohnortnahe Beschulung im linksrheinischen Kreis nochmals eingehend diskutiert.

Als Gesprächsergebnis ist festzuhalten, dass der Erhalt des Schulstandortes Uedorf nach dem Schuljahr 2015/16 nur über organisatorische Veränderungen (z.B. zusätzliche Förderschwerpunkte, Zusammenlegung mit Förderschulen aus anderen Kommunen als Teilstandort) realistisch ist. Dabei werden Verbundlösungen über Stadtgrenzen hinweg abgestrebt, um den Elternwillen zu respektieren und die Inklusion zu unterstützen.

Schulträgerübergreifende Überlegungen (LVR, Stadt Bonn, Stadt Königswinter, Stadt Rheinbach) werden in die weiteren Gespräche einfließen.

Der Bürgermeister wird den Ausschuss für Schule, Soziales und demographischen Wandel über die weitere Entwicklung regelmäßig informieren.